

Fiskalische Nachhaltigkeit

em.o.Univ.Prof. Dr. Christoph Badelt

LINZ AG Nachhaltigkeitssymposium
7. Oktober 2025

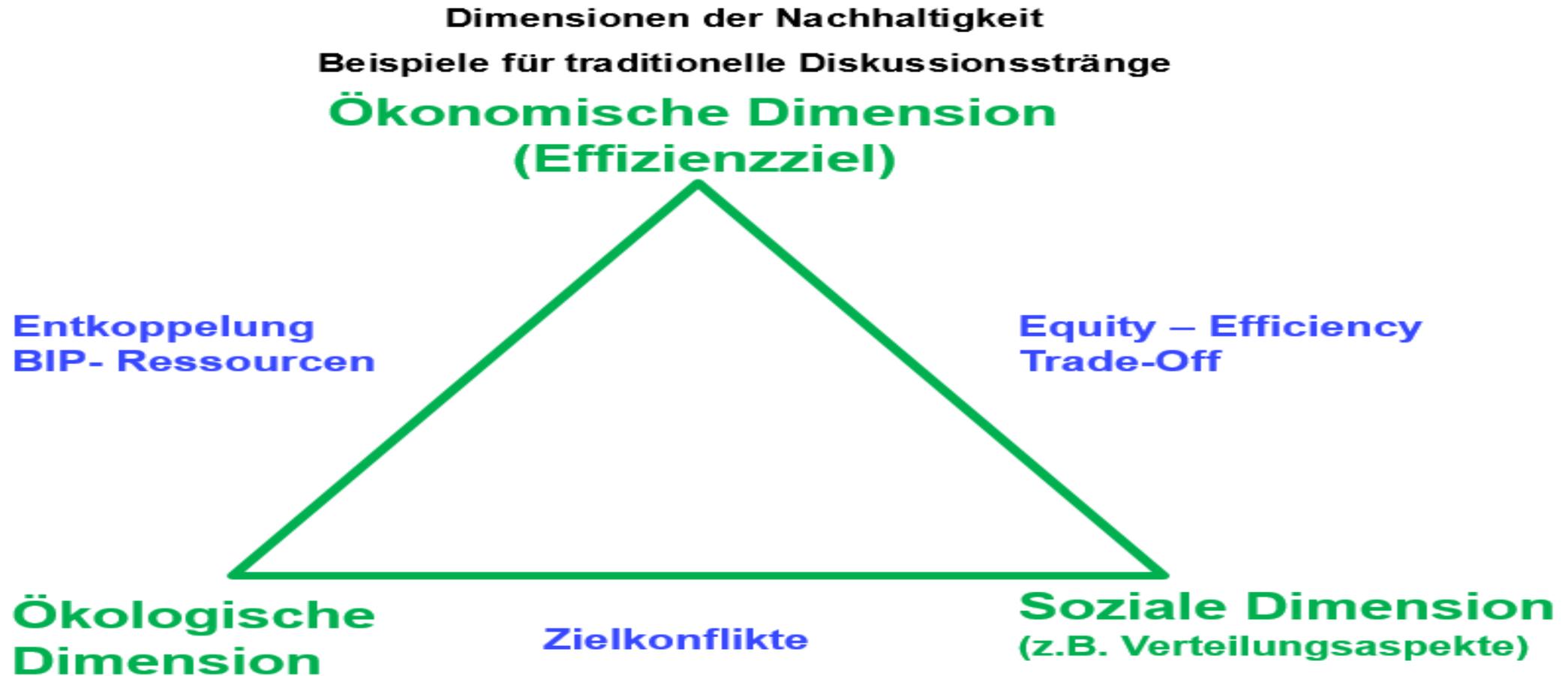
Definition

Unter nachhaltiger Entwicklung ist eine Entwicklung zu verstehen, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen.

Bei Nachhaltigkeit geht es um die Lebensbedingungen unserer Kinder und Enkelkinder. Aber auch um die eigenen Lebensbedingungen.

Definition des Brundtland Reports: World Commission on Environment and Development: *Our Common Future*. Oxford University Press, Oxford 1987

Dimensionen der Nachhaltigkeit

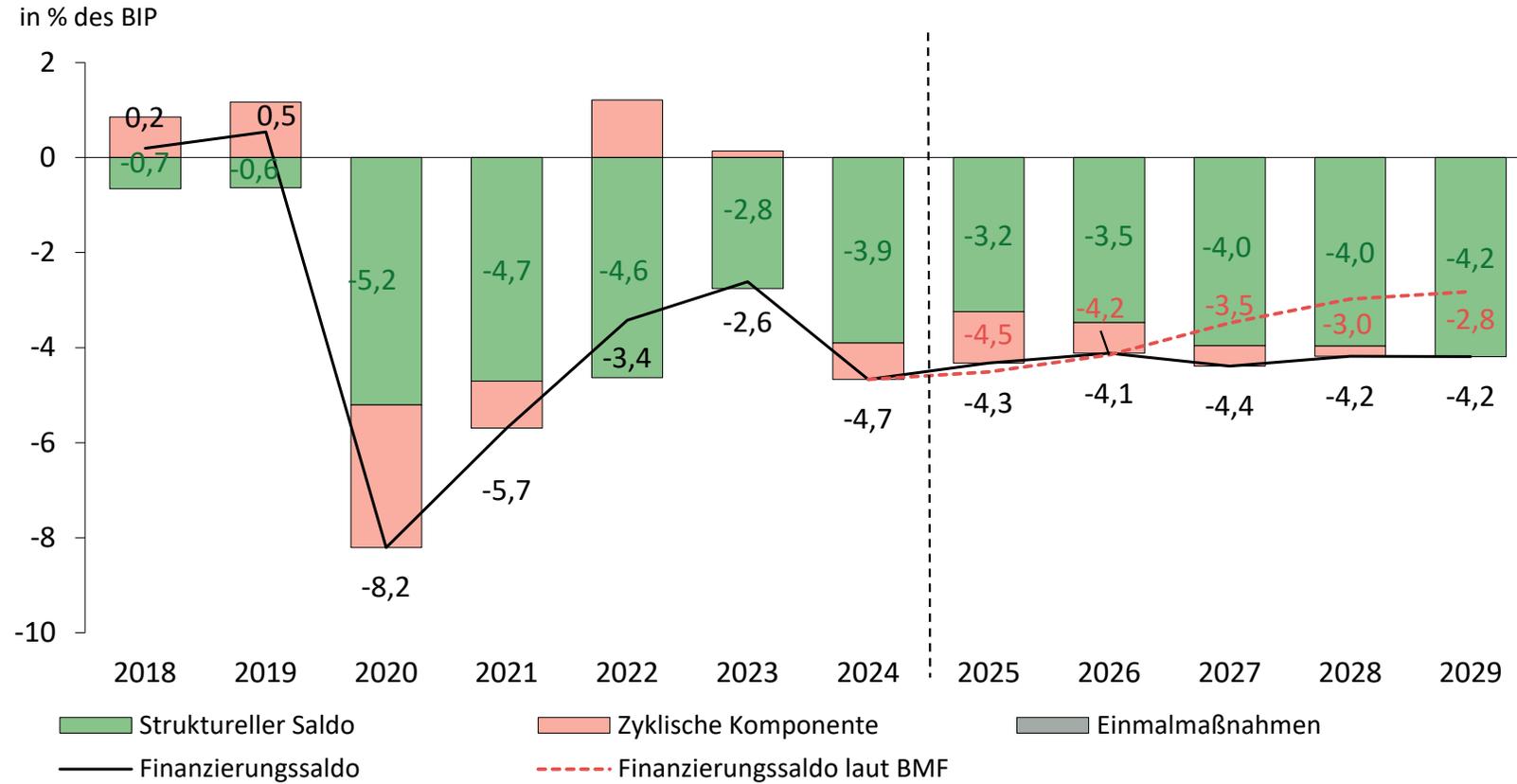


Finanzpolitik und Nachhaltigkeit

- Langfristige Stabilität der öffentlichen Haushalte („fiskalische Nachhaltigkeit“) ist eine wichtige Voraussetzung für eine florierende Wirtschaft
 - Spielraum für notwendige wirtschaftspolitische Maßnahmen erhalten
 - Stabile Position des Lands auf den internationalen Finanzmärkten (Kosten der Verschuldung!)
 - Einhaltung der europäischen Stabilitätskriterien
- Beispiele für aktuelle wichtige Einflussfaktoren auf fiskalische Nachhaltigkeit:
 - Wirtschaftskrisen (auch als Folge der geopolitischen Entwicklungen)
 - Demografische Entwicklung
 - Folgen der sozialökologischen Transformation auf die fiskalische Nachhaltigkeit:
 - Kosten des Klimawandels
 - Investitionsbedarf
 - Auswirkungen auf Staatseinnahmen (z.B. CO2 - Besteuerung)

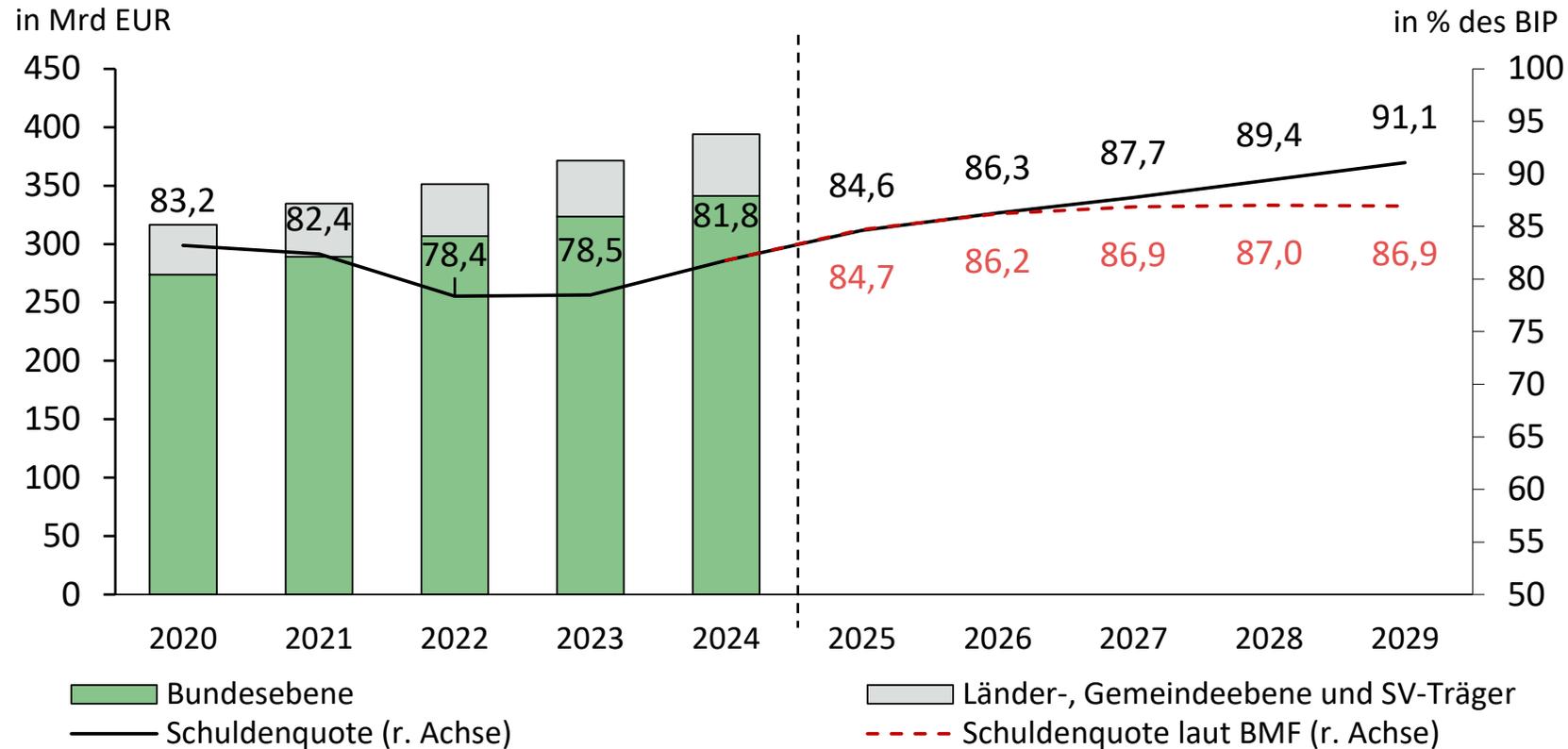
I. Der konventionelle Zugang

Struktureller Budgetsaldo 2018 bis 2029



Quellen: Statistik Austria und FISK-Frühjahrsprognose 2025.

Einschätzung Fiskalrat: Entwicklung der Schuldenquote



Quellen: Statistik Austria und FISK-Frühjahrsprognose 2025.

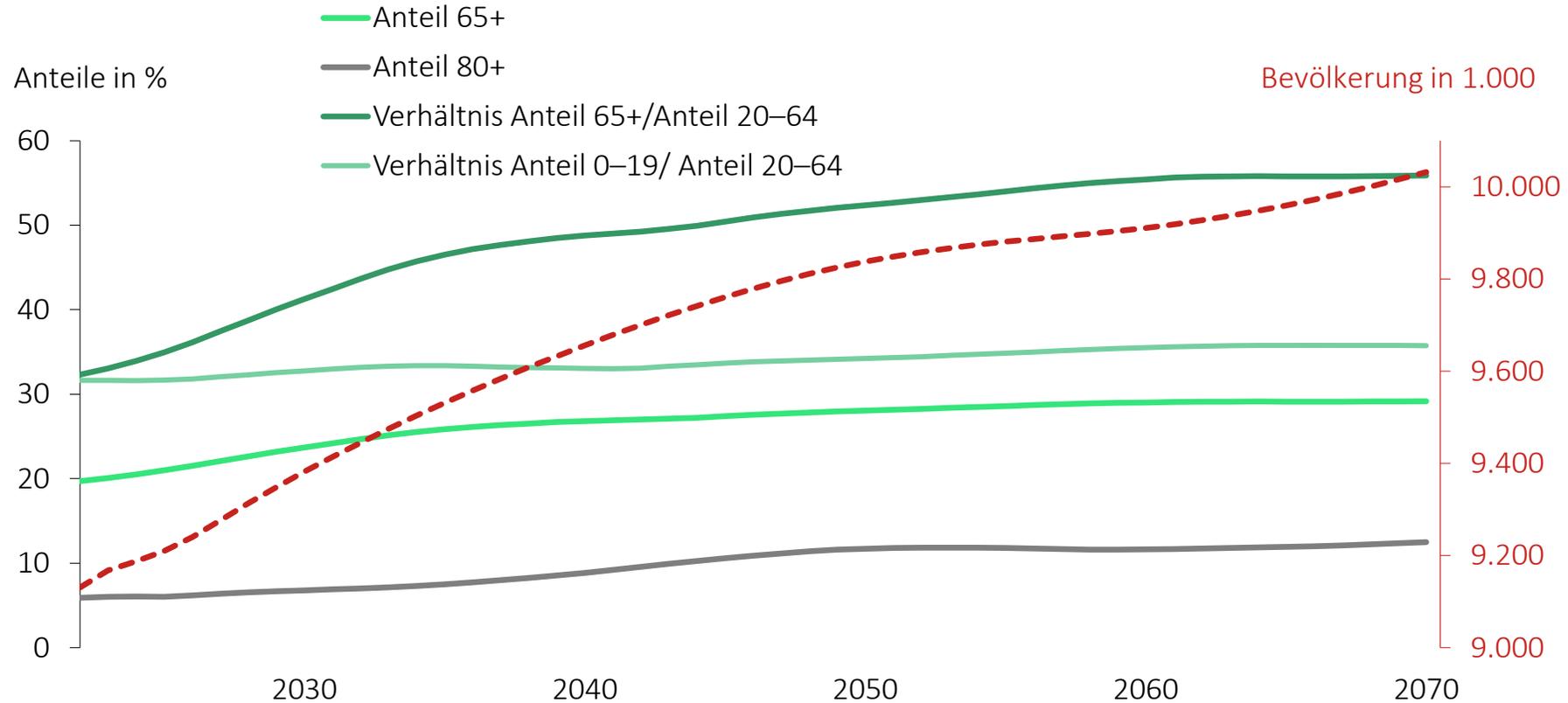
Grundsatzproblematik: Nachhaltigkeit des öffentlichen Haushalts

- Die aktuelle Budgetproblematik ist groß und dominiert die politischen Diskussionen
- Es ist richtig, dass in der jetzt angelaufenen Legislaturperiode wesentliche Schritte zur Sanierung des Budgets gesetzt werden müssen.
- Dabei geht es nicht nur um das Bundesbudget, sondern auch um die Haushalte der Länder, Gemeinden und Sozialversicherungsträger: „den“ öffentlichen Sektor
- Auch abgesehen von den EU-Stabilitätsregeln muss der Haushalt des Staats so organisiert sein, dass sich längerfristig Ausgaben und Einnahmen die Waage halten und die Staatsverschuldung nicht laufend weiter steigt.
- Nach den EU-Regeln muss die Entwicklung so verlaufen, dass langfristig die Staatsverschuldung nicht mehr als 60% des BIP beträgt.
- Abgesehen von der ungünstigen Ausgangssituation ist ein solcher Pfad aufgrund der demografischen Entwicklungen und den Herausforderungen der grünen Transformation nicht leicht zu erreichen

„Technokratische Interpretation“: Nachhaltigkeitskriterien der EU-Kommission

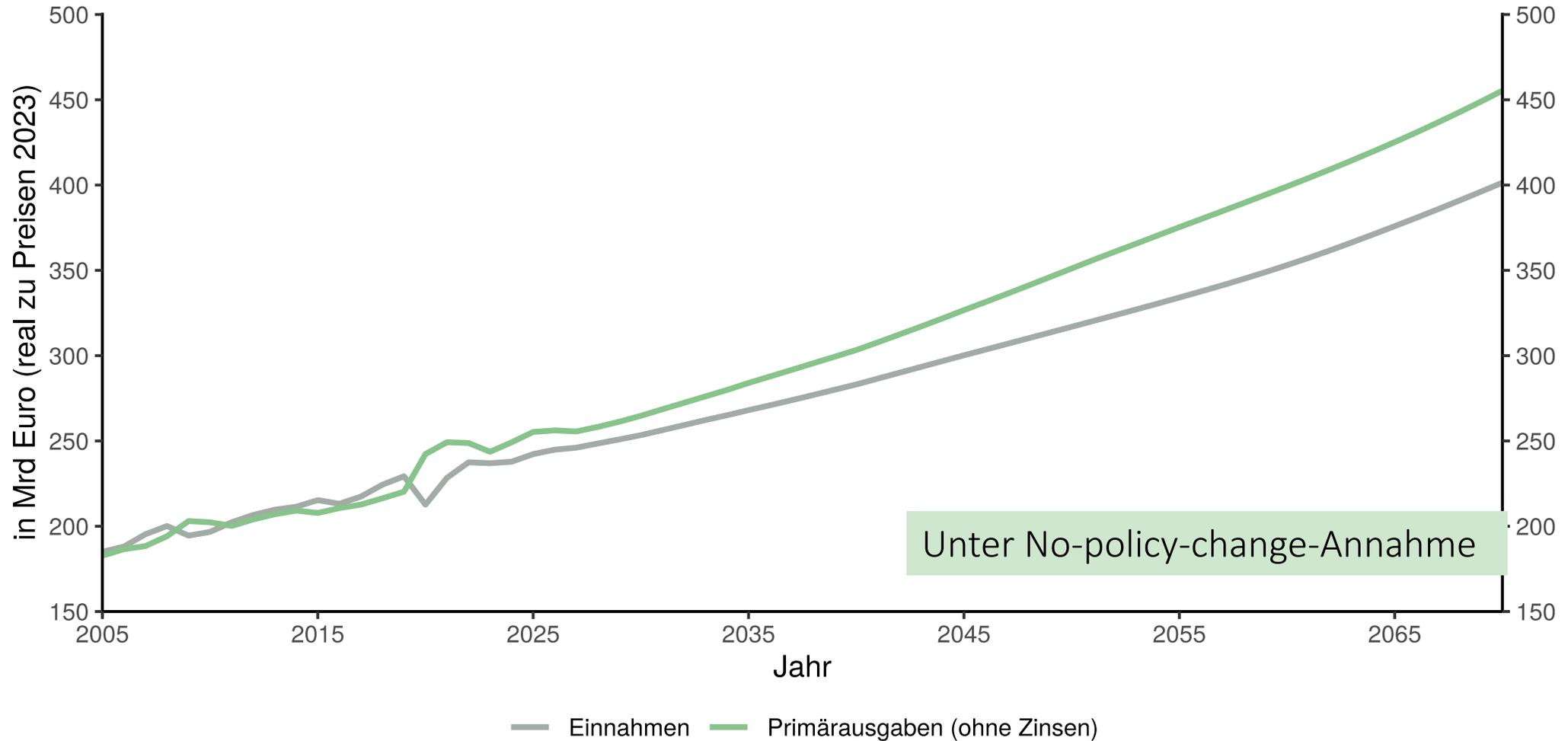
- **S1- Indikator:** Wie müsste sich der österreichische Primärsaldo ab 2025 verändern, um bis 2070 den Schuldenstand auf 60% des GDP zu bringen.
- **S2- Indikator:** Welcher Konsolidierungsbedarf ist ab 2025 nötig, um den gegenwärtigen Schuldenstand auf Dauer (Zeithorizont unendlich) zu halten.
- Plausibilität lässt sich an den Ageing Costs erkennen. Während sich die zusätzlichen Kosten der Pensionen aufgrund der demographischen Veränderung einschleifen, wird davon ausgegangen, dass die Gesundheits- und Pflegekosten immer (auch langfristig) weiter steigen. Daher dort höhere Werte als im S-1 Indikator.

Demografische Entwicklung



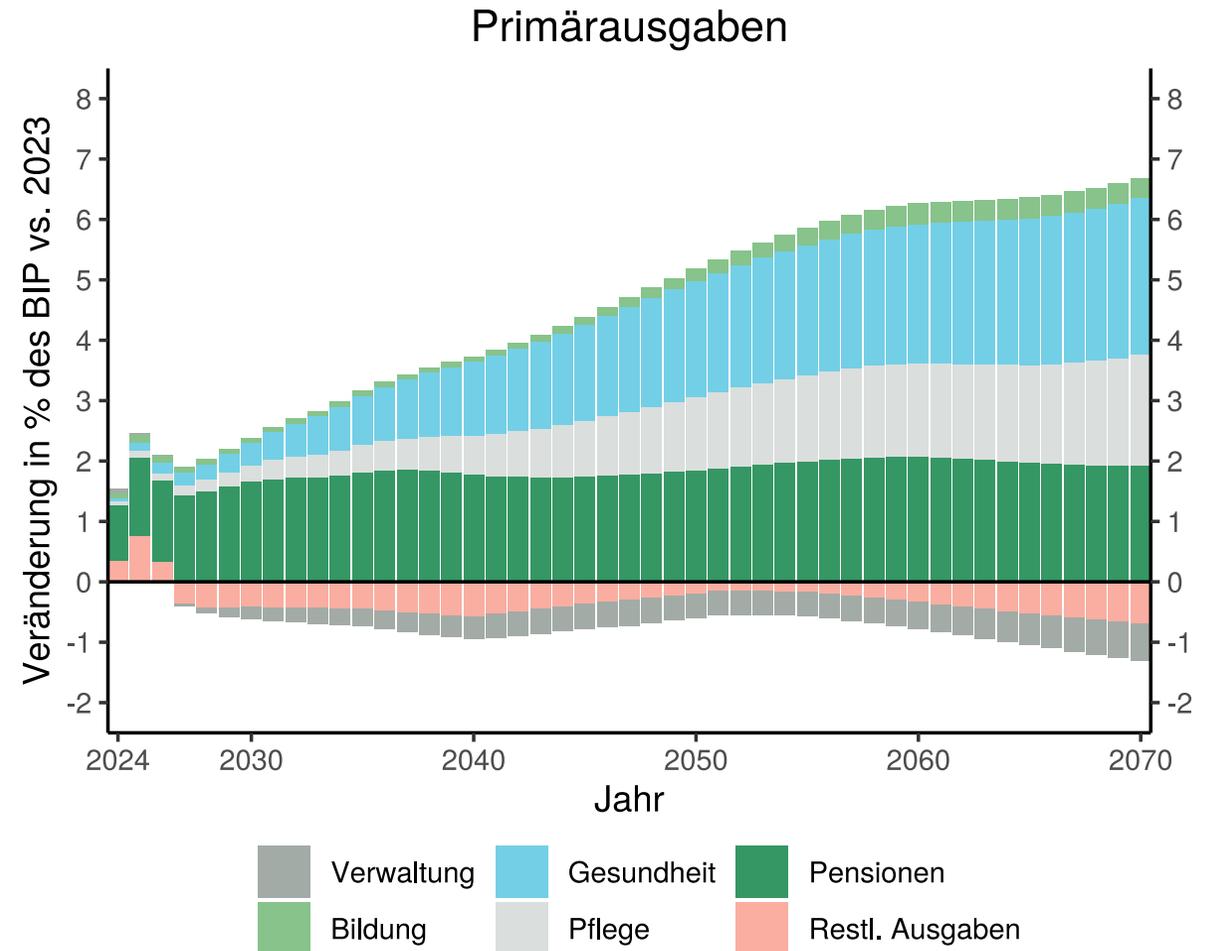
Quelle: Statistik Austria, Bevölkerungsprognose 2024, Hauptvariante.

Einnahmen und Ausgaben des Staats im Langzeitvergleich



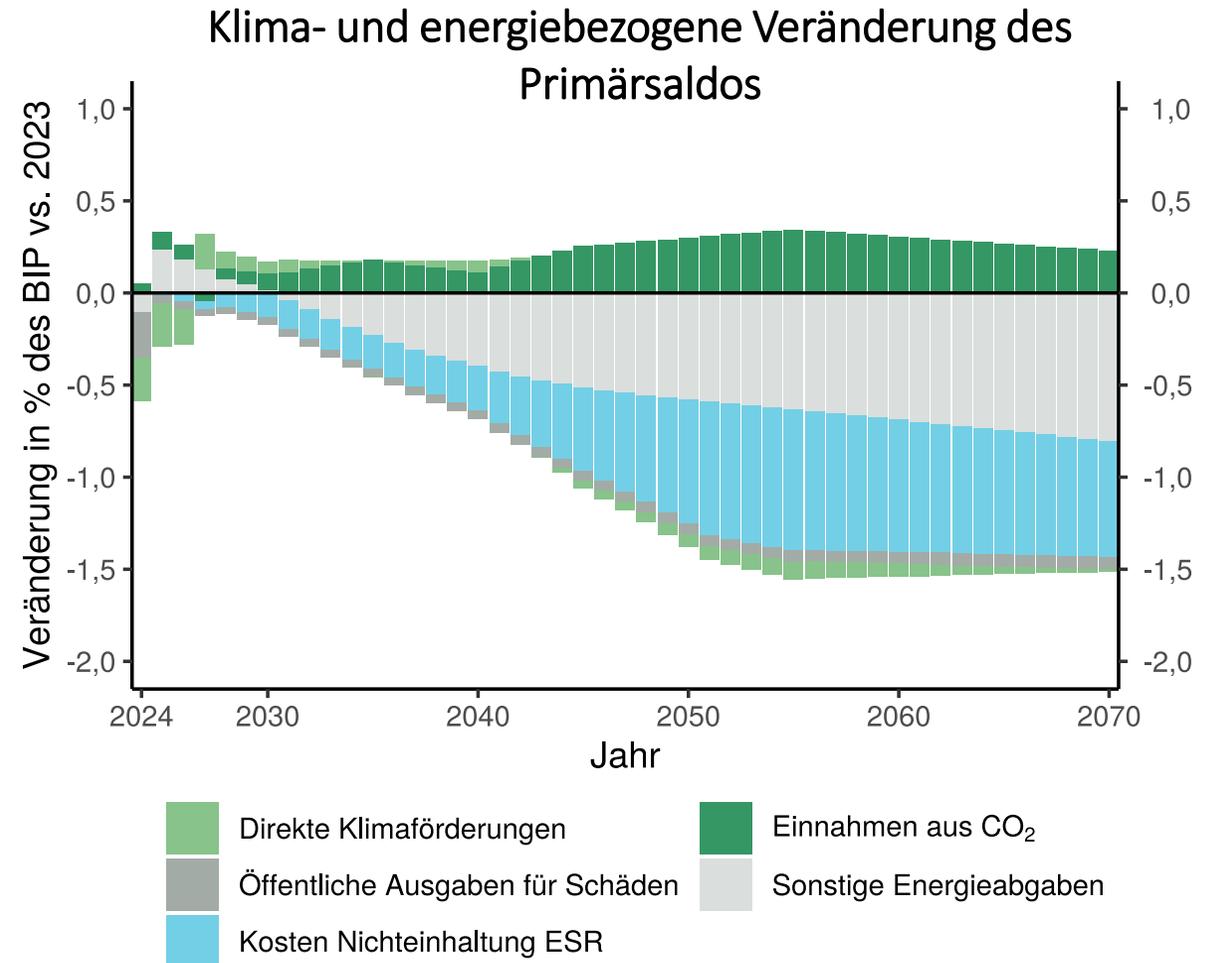
Anstieg der demografiebedingten Staatsausgaben

- **Starker demografiebedingter Ausgabenanstieg 2023 bis 2070:**
 - Gesundheit: +2,6% des BIP
 - Pensionen: +1,9% BIP (+1,3% des BIP bereits bis 2025)
 - Pflege: +1,8% des BIP
 - Bildung: +0,3% des BIP
 - Familienleistungen: -0,5% des BIP
- **Dämpfung durch Rückgang des Anteils an Verwaltungsausgaben**



Budgetäre Verschärfung durch Klimaaspekte

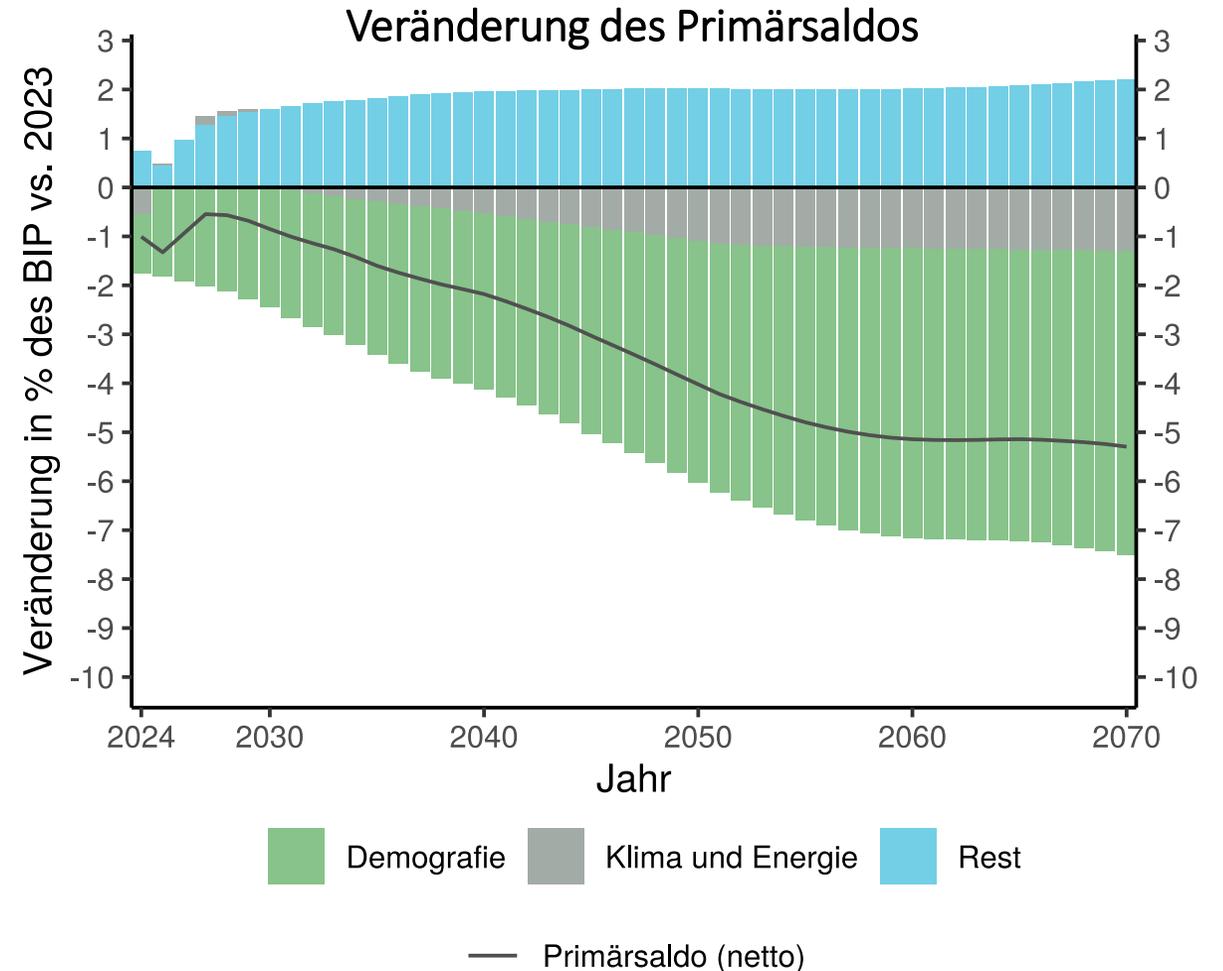
- **Klima-bezogene Budgeteffekte drücken langfristigen Primärsaldo um zusätzliche 1,3% des BIP (2070 vs. 2023)**
 - Ausfall Energieabgaben (trotz CO₂ Bepreisung): 0,6% des BIP
 - Kosten Nichteinhaltung ESR: 0,6% des BIP
 - Zusätzliche Kosten für beschlossene Förderungen und Schäden vergleichsweise klein
- **ACHTUNG: No Policy Change Annahme**



Gesamtschau: Demografiebedingte und klimabezogene Budgeteffekte

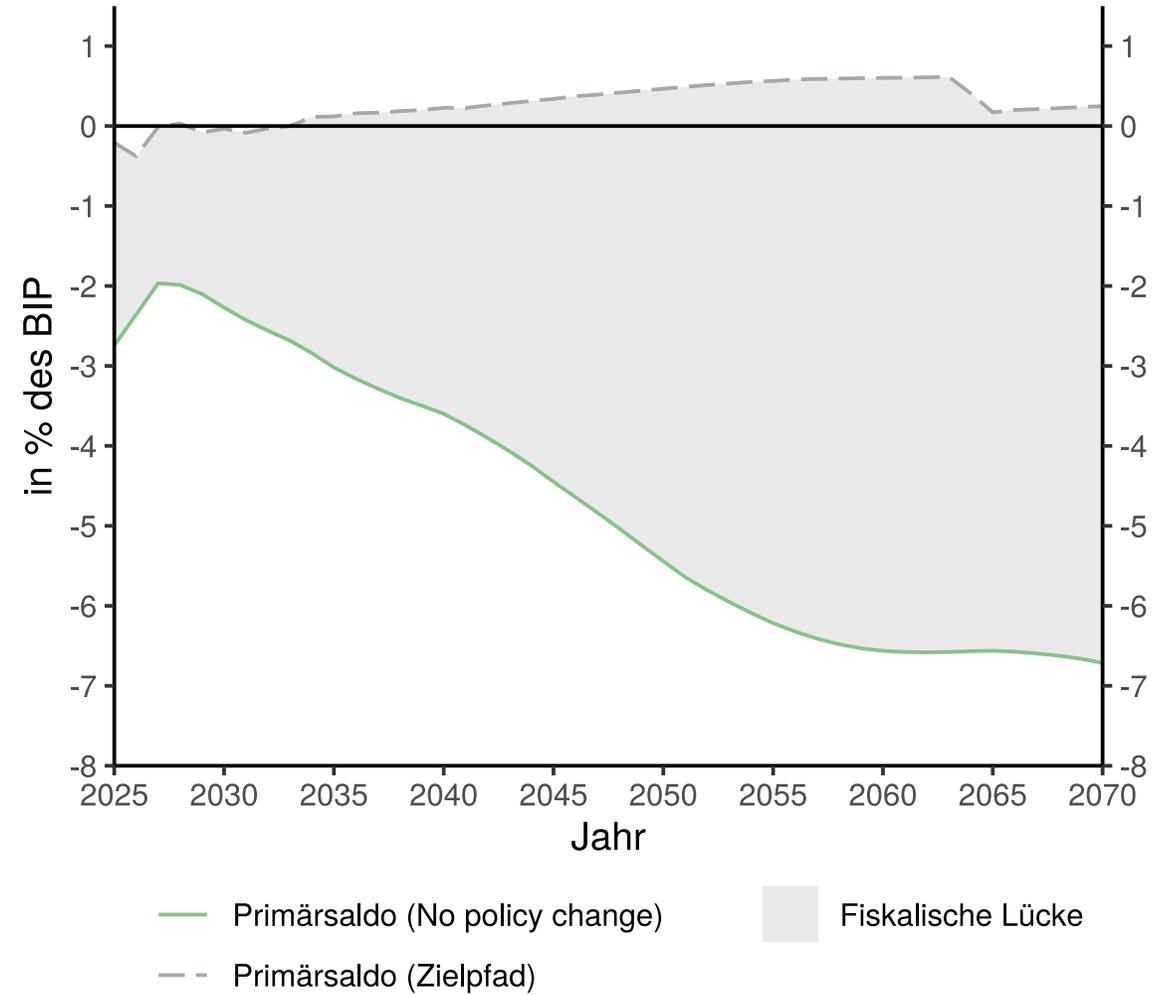
Verschlechterung des Primärsaldos 2023 bis 2070 um 5,3% des BIP, davon:

- Demografiebedingt: -6,2% des BIP
- klimabezogene Budgeteffekte: -1,3% des BIP
- Rest (Verwaltungsausgaben, Arbeitsabgaben,...): +2,2% des BIP



Fiskalische Lücke steigt bis 2070 auf 7,0% des BIP

- Fiskalische Lücke stellt den **jährlichen Konsolidierungsbedarf** dar
- **Fiskalische Lücke** = Differenz aus Primärsaldo laut No-Policy-Change und Zielpfad [= negative fiskalischer Spielraum]
- Zielpfad für Primärsaldo leitet sich aus laufender Reduktion der Schuldenquote um 0,5 Prozentpunkte pro Jahr bis 60% ab („Debt Safeguard“)
- **Verzögerte Konsolidierung** erhöht langfristige Lücke zusätzlich



II. Breitere Grundsatzfragen

Öffentliche Finanzen und ihre Wirkung auf Nachhaltigkeit im allgemeinen

- Die definierte fiskalische Nachhaltigkeit ist ein wichtiger Faktor für die langfristige Stabilität einer Wirtschaft, sie greift aber zu eng, um die Rolle der öffentlichen Finanzen für das allgemeine Nachhaltigkeitsziel zu beschreiben.
- Produktivitätsrat prägt den Begriff der „*nachhaltigen Wettbewerbsfähigkeit*“

Nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit wird als die Gesamtheit der Institutionen, politischen Maßnahmen und Faktoren verstanden, die sicherstellen, dass eine Volkswirtschaft langfristig produktiv bleibt und gleichzeitig soziale und ökologische Nachhaltigkeit gewährleistet.

- Es muss daher auch die Frage geklärt werden, was die öffentlichen Finanzen dazu beitragen (können), die verschiedenen Dimensionen der nachhaltigen Wettbewerbsfähigkeit herzustellen oder zu erhalten.

Drei Säulen der nachhaltigen Wettbewerbsfähigkeit

Wirtschaft	Soziales	Umwelt
Pro-Kopf-Einkommen und Produktivität	Ausgaben für den Sozialschutz	Klima und Treibhausgase
Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit	Gesundheit	Energie: Intensität und Nutzung
Produktionskosten	Bildung und Qualifikation	Kreislaufwirtschaft und Materialverbrauch
Außenhandel	Arbeitsmarkt	Ökosystem und Biodiversität
Wettbewerb	Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit	Umweltinstrumente und Innovationsleistung
Innovation und technologischer Wandel	Einkommen, Armut und Verteilung	
Qualifikation und Humankapital		
Finanzierung der Unternehmen		
Digitalisierung		
Öffentliche Institutionen		

Beispiel: Kreislaufwirtschaft und Materialverbrauch im internationalen Vergleich

Dimension/ Indikator	Wert AT, 2024*	1. Rang in EU27	Rang AT in EU27	Rang-änderung AT seit 2010	Verlauf AT seit 2010	Veränderung gegen Vorperiode in %	Verhältnis AT zu...		
							EU27	EA20	BENE-SCAND
Kreislaufwirtschaft und Materialverbrauch									
Materieller Fußabdruck (RMC), Tonnen pro Kopf	19,6	Spanien	18	+5		-8,8	138,9	107,0	75,6
Inländischer Materialverbrauch (DMC), Tonnen pro Kopf	15,7	Niederlande	16	+3		-4,4	117,6	99,4	76,5
Ressourcenproduktivität, EUR je kg	2,6	Niederlande	10	-1		+3,2	111,3	104,3	85,6
Nutzungsrate wiederverwendbarer Stoffe in %	14,3	Niederlande	7	+6		+15,3	121,2	97,4	111,5

Quelle: Produktivitätsbericht 2024, aktualisierte Daten.

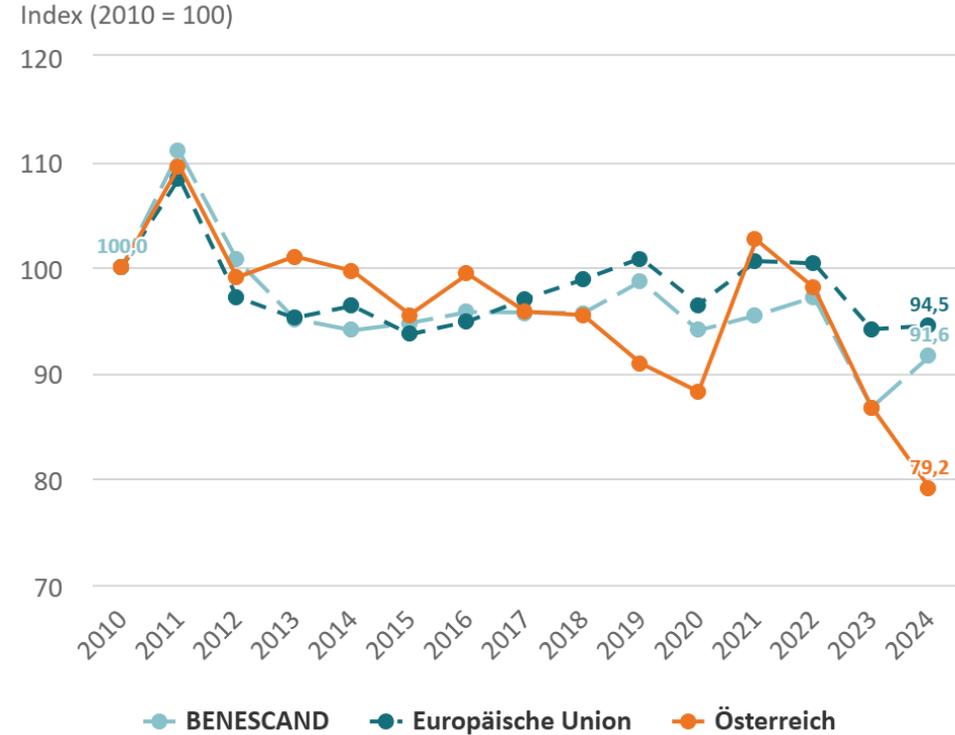
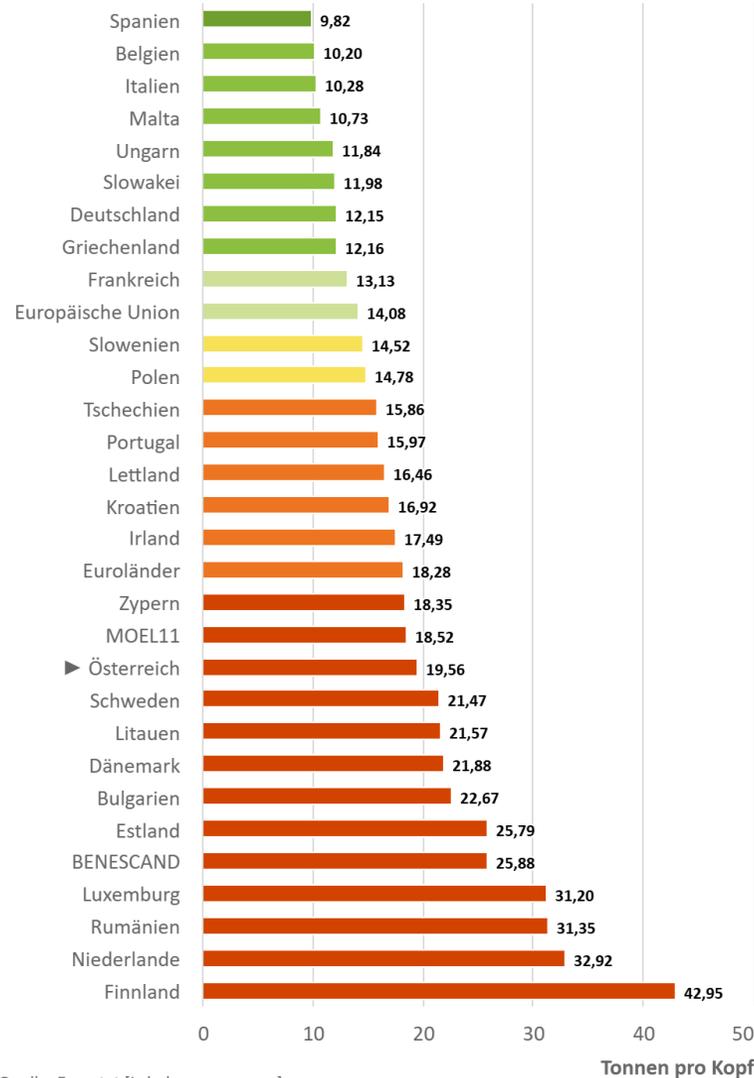
* Nutzungsrate wiederverwendbarer Stoffe: 2023

Materialfußabdruck

Tonnen pro Kopf

Materialfußabdruck

Jahr: 2024



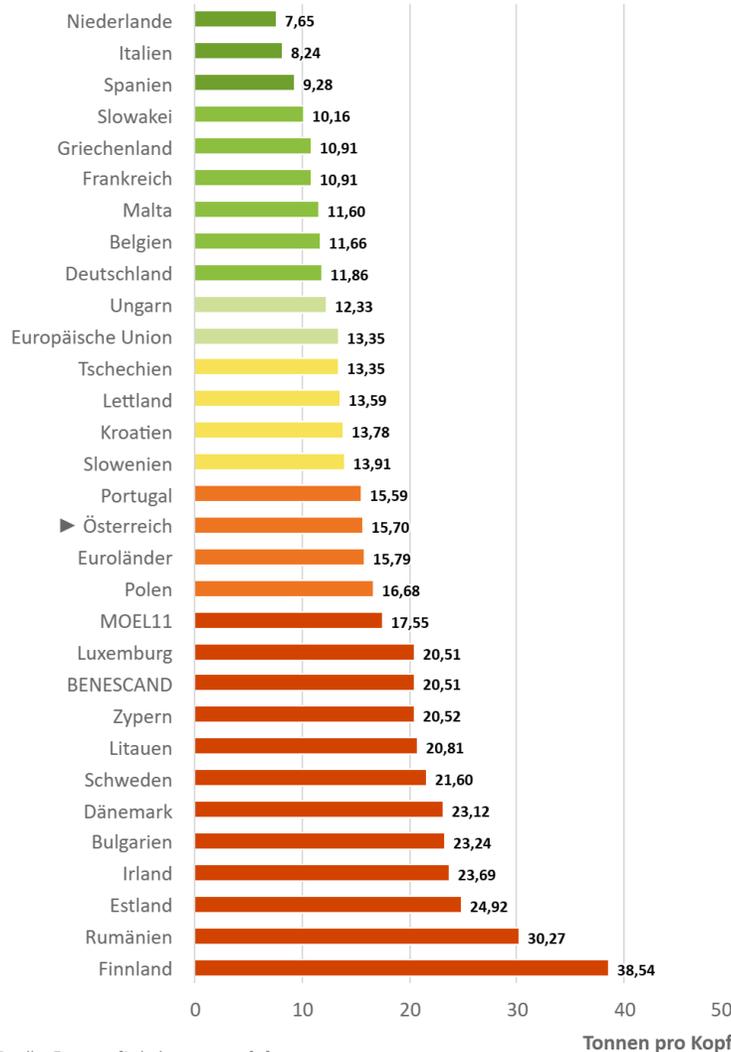
► Österreich verbesserte sich seit 2010 von 24,4 Tonnen pro Kopf auf 19,6 Tonnen pro Kopf. Der Materialfußabdruck liegt damit 39% über dem EU-Schnitt.

Inländischer Materialverbrauch

Tonnen pro Kopf

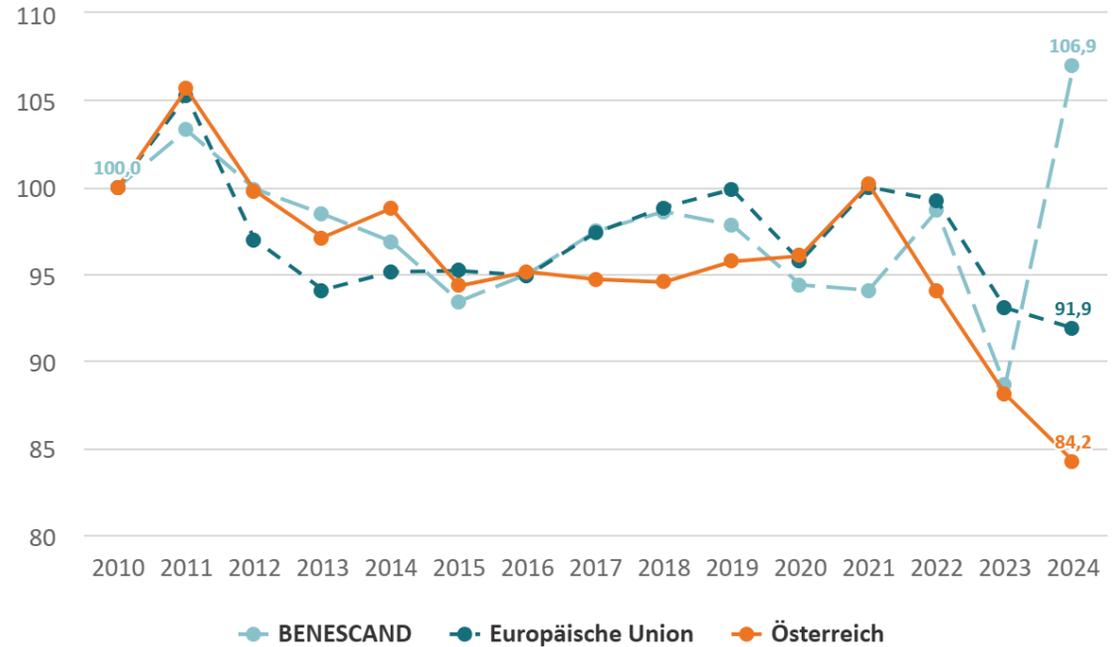
Inländischer Materialverbrauch

Jahr: 2024



Quelle: Eurostat [Label: env_ac_mfa].

Index (2010 = 100)



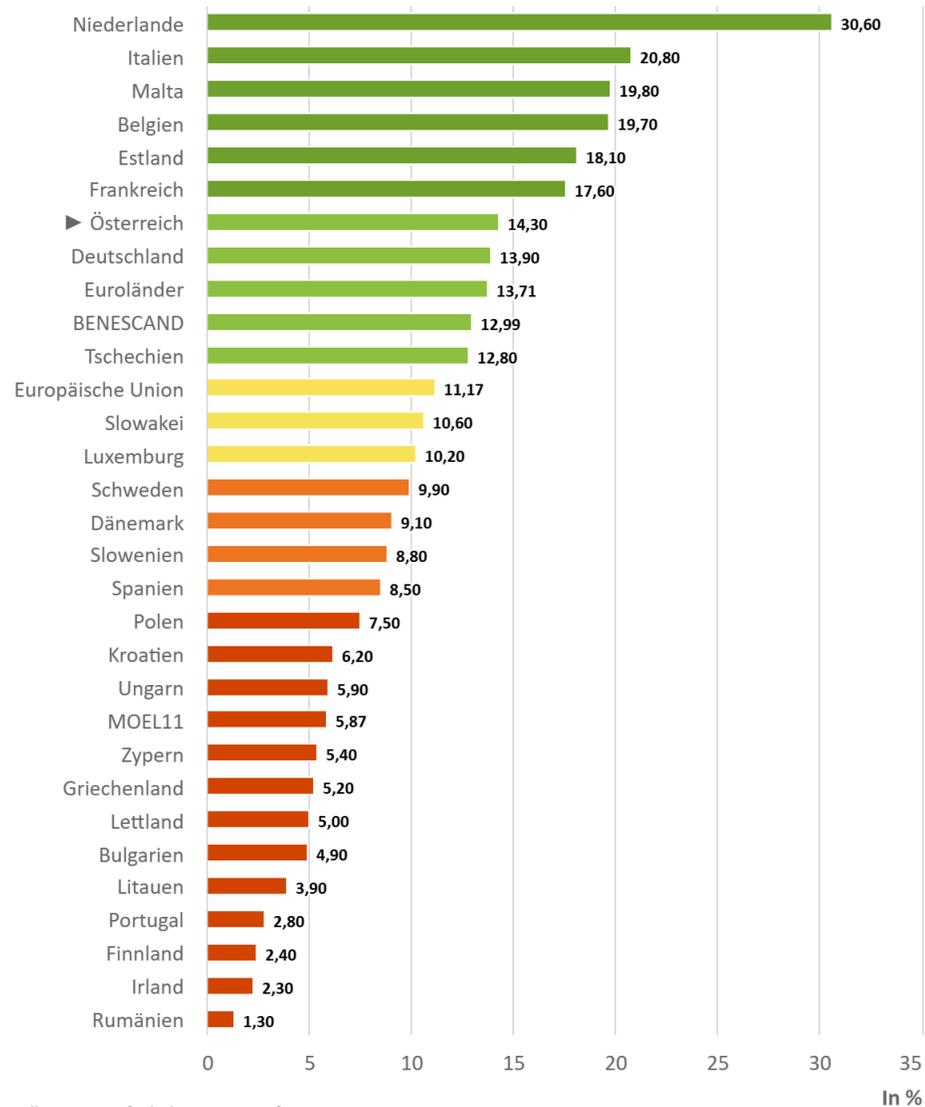
► Österreichs Position verbesserte sich seit 2010 um 3 Plätze, liegt aber insgesamt nur im EU-Mittelfeld.

Nutzung wiederverwendbarer Stoffe

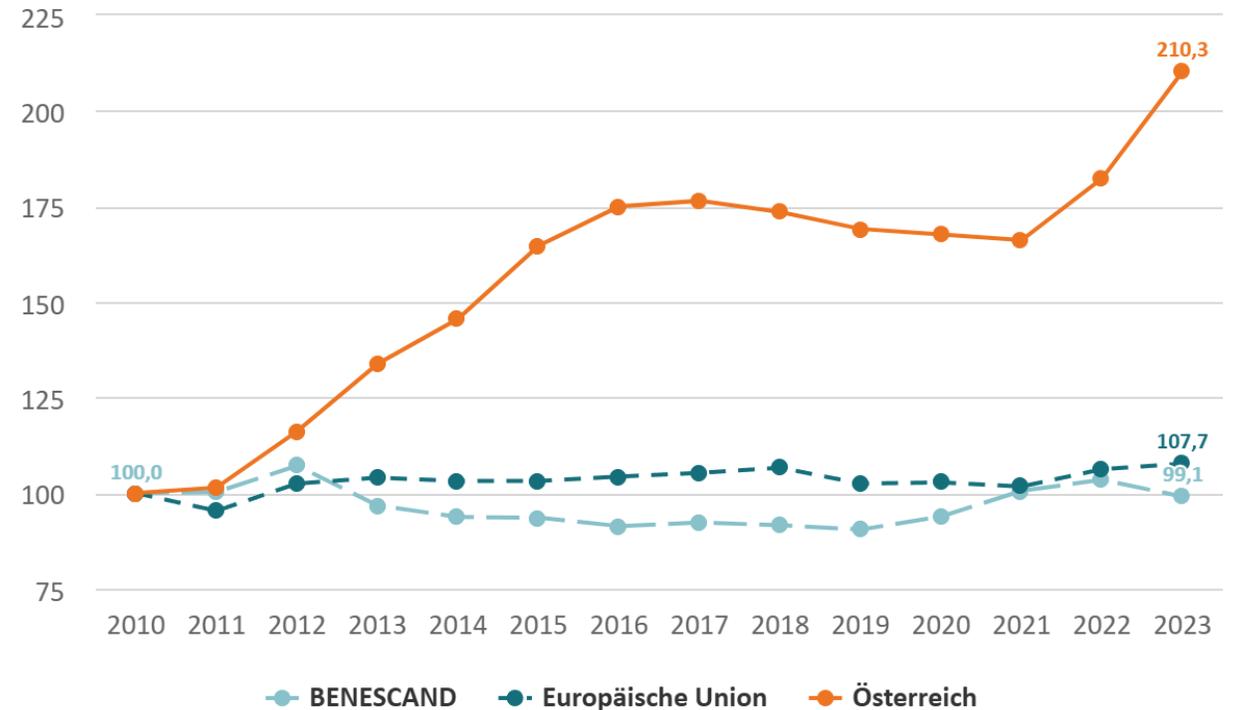
In %

Nutzung wiederverwendbarer Stoffe

Jahr: 2023



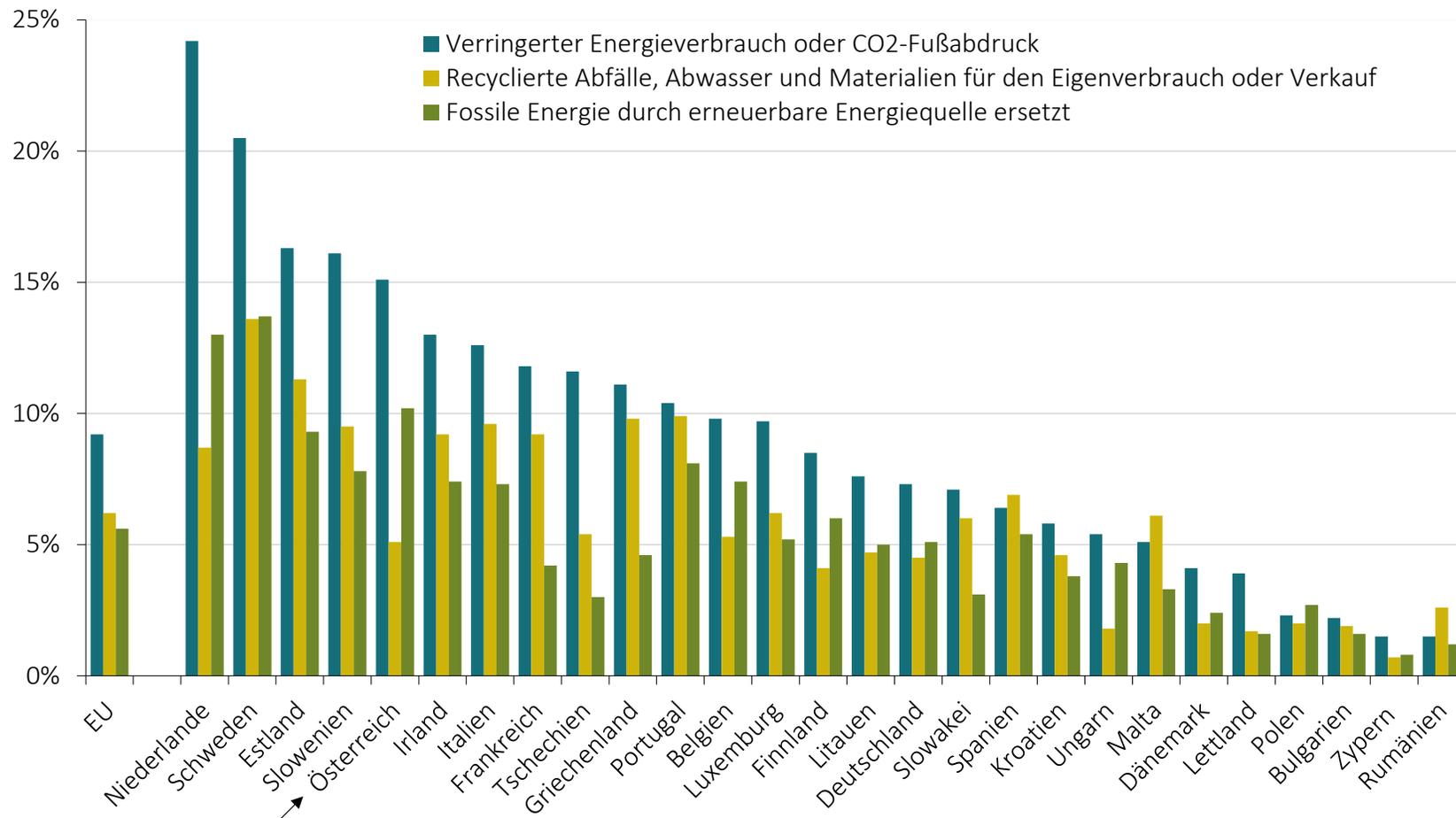
Index (2010 = 100)



► Österreich verdoppelte seine Nutzungsrate wiederverwendbarer Stoffe seit 2010 und liegt damit EU-weit auf Platz 7.

Substituierbarkeit: Innovationsverhalten

Anteil der Unternehmen, die Innovationen mit erheblichem Umweltnutzen im Unternehmen eingeführt haben (2020–2022)



Quelle: Eurostat [inn_cis13_eco / inn_cis13_bas].

Beispiel: Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit

Dimension/ Indikator	Wert AT, 2024	1. Rang in EU27	Rang AT in EU27	Rang-änderung AT seit 2010	Verlauf AT seit 2010	Veränderung gegen Vorperiode in %	Verhältnis AT zu...		
							EU27	EA20	BENE-SCAND
Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit									
Kinderbetreuungsquote: Unter-3-Jährige, in %	30,2	Niederlande	16	+4		+25,3	77,0	67,7	50,4
Kinderbetreuungsquote: 3 Jahre bis Schulpflicht, in %	90,0	Dänemark	19	-7		-0,4	101,6	98,4	93,3

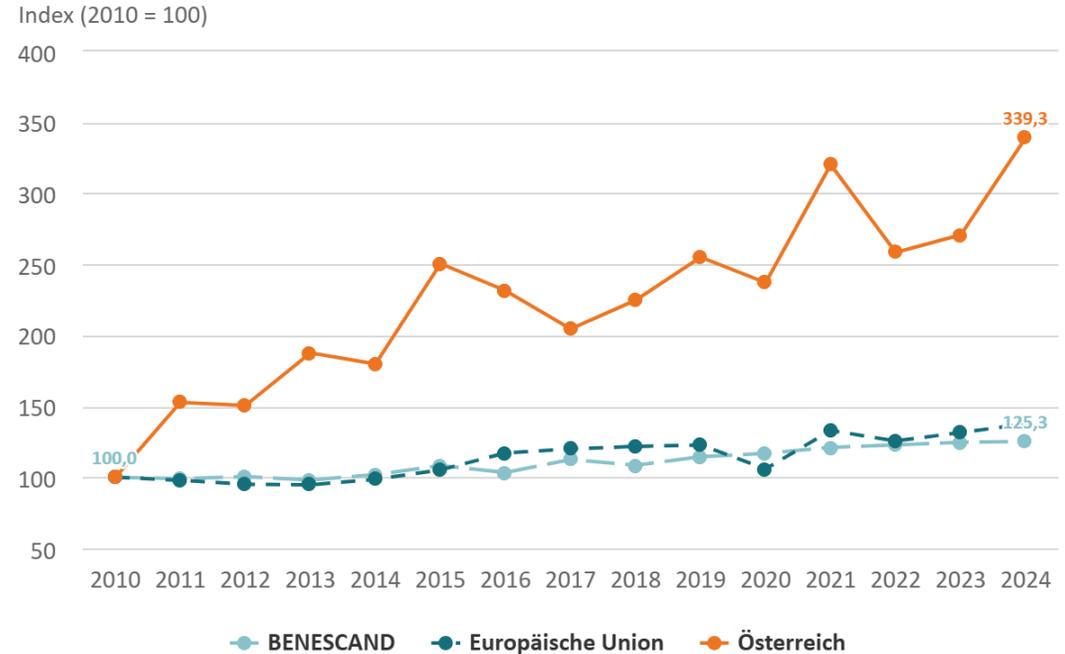
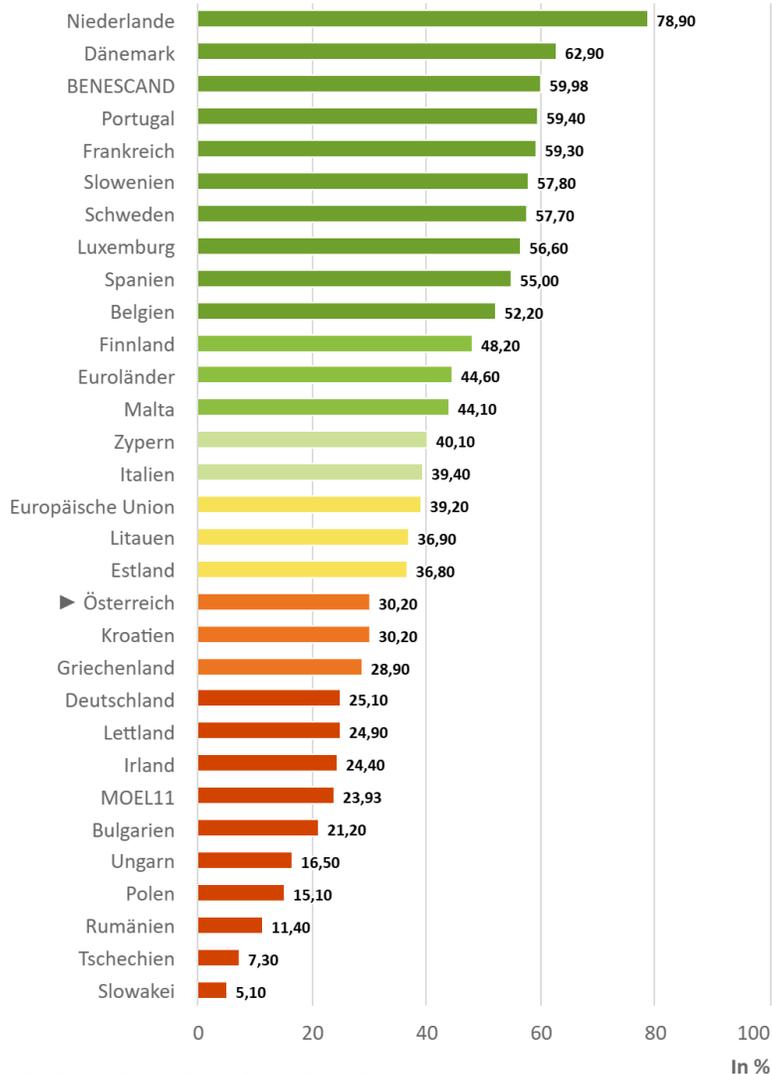
Quelle: Produktivitätsbericht 2024, aktualisierte Daten.

Betreuungsquote der unter-3-jährigen Kinder

In %

Kinderbetreuungsquote <3

Jahr: 2024



► Trotz enormer Verbesserungen liegt Österreich noch immer unter dem EU-Durchschnitt auf Platz 16 innerhalb der EU.

Quintessenz

- Fiskalische Nachhaltigkeit im definierten Sinn ist eine wichtige Voraussetzung für die Stabilität einer Wirtschaft
- Die Stabilität einer Wirtschaft allein ist aber keine hinreichende Garantie dafür, dass auch die soziale und ökologische Dimension der Nachhaltigkeit erreicht ist.
- Im weiteren Sinn muss sich daher das Anliegen der fiskalischen Nachhaltigkeit auch der Frage widmen, ob
 - die Staatsausgaben im Sinne der allgemeinen Nachhaltigkeit „richtig“ (effektiv) sind
 - die Gestaltung der Einnahmen (z.B. durch das Steuersystem) dem Ziel der Nachhaltigkeit dienen oder diesem zuwiderlaufen
- Fiskalische Nachhaltigkeit muss sich daher der gesellschaftspolitischen Diskussion jenseits der Begrenzung der Staatsverschuldung stellen

Schlussbemerkung

- Die öffentlichen Haushalte in Österreich befinden sich in einer schwierigen Situation.
- Zusätzlich ist die langfristige fiskalische Nachhaltigkeit vor allem aufgrund der demografischen Effekte gegenwärtig nicht gegeben.
- In Österreich gibt es daher einen beachtlichen Reformbedarf in den meisten Bereichen der öffentlichen Politik, um das finanzpolitische Gleichgewicht wieder herzustellen.
- Bei aller Dringlichkeit der Finanzpolitik dürfen aber die anderen Bereiche der Wirtschafts- und Umweltpolitik nicht ignoriert werden; steigendes Wirtschaftswachstum und verbesserter Ressourceneinsatz steigern zwar meist den Wohlstand der Bevölkerung und helfen auch, die finanzpolitischen Probleme leichter zu lösen. Sie können aber auch die soziale und/oder ökologische Nachhaltigkeit gefährden bzw. deren Erreichung gefährden.
- Das Land braucht daher eine öffentliche Politik, die in all den genannten Bereichen eine offensive Zukunftsorientierung lebt.

DANKE FÜR IHRE AUFMERKSAMKEIT!

Präsident des Fiskalrates
Vorsitzender des Produktivitätsrates
em.o.Univ.Prof. Dr. Christoph Badelt

Debt Sustainability Monitor der Europäischen Kommission

S2 indicator	DSM 2022	DSM 2023		
		Baseline	Lower productivity scenario	Non-demographic risk scenario
Overall index (pps. of GDP)	3.2	3.3	3.5	5.3
<i>of which</i>				
Initial budgetary position	0.8	1.1	1.2	1.1
Ageing costs	2.4	2.2	2.2	4.2
<i>of which</i>				
Pensions	-0.1	0.1	0.3	0.1
Health care	1.0	1.1	1.0	1.9
Long-term care	1.5	1.3	1.2	2.4
Others	0.0	-0.3	-0.3	-0.3
Required structural primary balance related to S2	2.6	2.7	2.8	4.7

S1 indicator	DSM 2022	DSM 2023		
		Baseline	Lower productivity scenario	Non-demographic risk scenario
Overall index (pps. of GDP)	2.4	2.5	2.7	3.7
<i>of which</i>				
Initial budgetary position	0.1	0.5	0.7	0.5
Debt requirement	0.3	0.3	0.3	0.3
Ageing costs	2.0	1.6	1.7	2.8
<i>of which</i>				
Pensions	0.3	0.3	0.4	0.3
Health care	0.7	0.8	0.8	1.4
Long-term care	1.0	0.8	0.8	1.4
Others	0.0	-0.3	-0.3	-0.3
Required structural primary balance related to S1	1.8	1.8	2.0	3.0

Long-term risks

S2 indicator

Measures the fiscal effort needed to stabilise debt over the long term

S1 indicator

Measures the fiscal effort needed to bring debt to 60% of GDP by 2070